



„Lasst uns nicht ohne Alternativen sein, falls eine wirklich schwere Krise auf Europa zukommt.“

(Henry Kissinger, Handelsblatt vom 23. 11. 2012)

Ein Kommentar von Wilhelm Schmülling

Nichts kann besser die Aufgabe der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT beschreiben, als dieses Zitat von Henry Kissinger, das wir in einer Werbung für Gertrud Höhlers Buch „Die Patin“ finden. Angesichts der täglichen Meldungen – nicht nur über die Finanzkrise – auch über militärische Konflikte, insbesondere im Nahen Osten, zweifelt kaum noch jemand, dass wir uns wirklich in einer sehr schweren Krise befinden. Offensichtlich trauen viele Bürger nicht mehr dem einzigen Krisen-Ausweg „Wachstum“, der von Politikern – nicht nur aus dem Regierungslager – gebetsmühlenartig wiederholt wird.

Oft genug haben wir auf die Verschärfung der Finanzkrise hingewiesen, die ursächlich auf der Basis der Geld-Un-Ordnung entstanden ist. Wo findet man diesen Hinweis sonst in der Presse? Wo findet man sonst Krisen-Analysen, die auf dieser Erkenntnis aufbauen? Weder in der Euro-Krise noch in der Finanzkrise überhaupt und erst recht nicht in der Hintergrunddurchleuchtung militärischer Konflikte. Was haben die nun mit der Geld-Un-Ordnung zu tun?

Haben Sie sich nicht auch gewundert, wie viele deutsche Waffen in alle Welt verschickt werden? Saudi-Arabien braucht mehrere hundert deutsche Panzer. Fürchtet Saudi-Arabien einen Angriff auf seine Ölquellen oder will es selbst ein anderes Land angreifen? Beides scheint ausgeschlossen und trotzdem soll das Gleichgewicht in der Golfregion durch eine Hochrüstung

mit deutschen Waffen erreicht werden. Wer den Frieden will, rüste für den Krieg, sagten schon die alten Römer. Dabei müssten die Zeiten brutaler Gewaltanwendung längst vorbei sei. Aber bis heute ist es offensichtlich legal, wenn sich der Sieger nach einem Krieg ein Stück des eroberten Landes für immer aneignet, was dann zur Rückeroberung anreizt. Der Nahe Osten liefert dafür genügend Beispiele. Bisher haben Friedensverträge keine langfristigen Lösungen gebracht.

Es geht nicht nur um Landnahme der Bodenschätze wegen, es geht auch ums Geschäft mit Rüstungsgütern. Schließlich lässt sich nirgendwo eine höhere Kapitalrendite erreichen, als bei der Produktion von Rüstungsgütern. Ausgerechnet Deutschland, das sich im Zweiten Weltkrieg mehr als die Finger verbrannt hat, hätte sich nach der Niederlage aus diesem Produktionszweig zurückziehen müssen. Aber es zählt nicht die Moral, es zählt das Geld, das Profit bringen muss. Darauf drängte nicht zuletzt das in deutschen Rüstungsfabriken angelegt Kapital, auch das amerikanische. Mittlerweile steht Deutschland nach Amerika und Russland mit an der Spitze der Waffenlieferanten. Natürlich immer unter dem Hinweis der Friedenssicherung.

Das jüngste Beispiel liefert der Bürgerkrieg in Syrien, der zu einem Krieg mit den Nachbarländern explodieren könnte. Schon sind syrische Granaten im Bündnisland Türkei eingeschlagen und haben Menschen getötet. Um sich besser vor solchen Angriffen zu schützen, werden Patriot-Raketen der Bundeswehr in das Grenzgebiet verlegt. Der

russische Nato-Botschafter warnt davor, sich in den Syrien-Konflikt einzumischen, was mit der Stationierung der Patriot-Raketen beginnt.

Der SPIEGEL berichtete über geplante Panzerverkäufe an Katar, ebenfalls von einem Kaufwunsch Indonesiens von 100 Leopard-2-Panzern. So wird Deutschland zur Waffenschmiede der Welt, liefert an Griechenland, Südafrika, Türkei, Südkorea und Malaysia, obwohl es im Grundgesetz heißt: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Hinzu kommt ein makabres Argument: die Arbeitsplatzsicherung. Sie wird immer mehr zu einem angeblich unschlagbaren Argument, wenn lt. SPIEGEL rd. 80.000 Menschen in der Rüstungsindustrie arbeiten.

Wenn Kriege um Bodenschätze und Kapitalerträge nicht mehr geführt werden sollen, dann müssen wir Silvio Gesells Mahnung beherzigen:

„Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den Boden, auf den ganzen Erdball die gleichen, unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechtes bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg.“

(Silvio Gesell, NWO, S. 86)